

CETA Ratifizierung durch Bundestag:

Heutige Entscheidung des Bundestags öffnet Tür für klimaschädliche Konzernklagen

Der Bundestag hat heute das Freihandelsabkommen zwischen der EU und Kanada ratifiziert. Die Aushöhlung von Verbraucher*innen-Rechten, Umwelt- und Klimastandards und demokratischer Kontrolle sind die Folge.

Zwar ist das so genannte Freihandelsabkommen CETA noch nicht offiziell in Kraft, doch seit Jahren wird bereits der Handel zwischen der EU und Kanada nach einzelnen Elementen aus dem Vertrag abgewickelt. Heute hat der Deutsche Bundestag insbesondere den Investitionsschutz ratifiziert. Die heute abgestimmten Elemente des CETA Abkommens untergraben die politische Souveränität von europäischen Parlamenten und Entscheidungsorganen. Mit dem so genannten ICS (Investment Court System) soll eine rein privatwirtschaftliche Gerichtsbarkeit ohne demokratische Kontrolle, aber dennoch mit Rechtsverbindlichkeit geschaffen werden. Sie erlaubt es Unternehmen, gegen souveräne Staaten vorzugehen und dort geltende Gesetze auszuhebeln. Dadurch können in Europa geltende Umwelt-, Klimaschutz- und Sozialstandards umgangen werden.

„Das ICS kann nur in Kraft treten, wenn alle europäischen Mitgliedsstaaten zustimmen“, erklärt **Richard Mergner**, Landesvorsitzender des BUND Naturschutz in Bayern e.V. „Die heutige Entscheidung öffnet die Tür für klimaschädliche Konzernklagen. Denn das Freihandelsabkommen ist nichts anderes als ein Konzernschutzabkommen. Die Ampel verrät damit von der Zivilgesellschaft erstrittene Rechte und opfert sie den Interessen von globalen Unternehmen.“

Multinationalen Unternehmen ist es schon auf anderen Kontinenten gelungen, Umwelt- und Klimaschutzstandards und Verbraucher*innen-Rechte auszuhebeln – das droht nun auch in der EU. So könnten auf diesem Weg auch die in Kanada und USA bereits zugelassenen Pflanzen der so genannten Neuen Gentechnik ihren Weg auf den deutschen Esstisch finden. Bayern muss gentechnikfrei bleiben und darf nicht durch die Hintertür gentechnisch veränderte Lebensmittel auf den Tellern zulassen. Gegen CETA und TTIP gab es die größten zivilgesellschaftlichen Proteste der letzten Jahrzehnte und ein Volksbegehren. Dies hat gezeigt, dass die Menschen Verbraucher*innenrechte stärken und nicht schwächen wollen.

Landesfachgeschäftsstelle
München

Pettenkoferstr. 10a/I
80336 München
Tel. 089 / 54 82 98 63
Fax 089 / 54 82 98 18
fa@bund-naturschutz.de
www.bund-naturschutz.de

München,
1. Dezember 2022
PM 107/22/LFGM
Umweltpolitik

Für Rückfragen:

Martin Geilhufe

Landesbeauftragter

martin.geilhufe@bund-naturschutz.de

0172-7954607

Hintergrundinformation: BUND Naturschutz

Der BN ist mit über 265.000 Mitgliedern und Förderer der größte Natur- und Umweltschutzverband Bayerns. Er setzt sich für unsere Heimat und eine gesunde Zukunft unserer Kinder ein – bayernweit und direkt vor Ort. Und das seit über 100 Jahren. Der BN ist darüber hinaus starker Partner im deutschen und weltweiten Naturschutz. Als Landesverband des Bundes für Umwelt und Naturschutz (BUND) ist der BN Teil des weltweiten Umweltschutz-Netzwerkes Friends of the Earth International. Als starker und finanziell unabhängiger Verband ist der BN in der Lage, seine Umwelt- und Naturschutzpositionen in Gesellschaft und Politik umzusetzen.

Landesfachgeschäftsstelle

München

Pettenkoferstr. 10a/I

80336 München

Tel. 089 / 54 82 98 63

Fax 089 / 54 82 98 18

fa@bund-naturschutz.de

www.bund-naturschutz.de

München,

1. Dezember 2022

PM 107/22/LFGM

Umweltpolitik